

## **Glaubensfreiheit ist Menschenrecht**

### **Grüner Parteitag verabschiedet Grundsatzbeschluss zur Religions- und Weltanschauungspolitik**



Die grüne Bundesdelegiertenkonferenz debattierte am 13. November 2016 in Münster die Ergebnisse der Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat.“

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK), dem grünen Parteitag und oberstem Beschlussgremium der Partei, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Grundsätze zur Religions- und Weltanschauungspolitik verabschiedet. Die Vorlage für den Grundsatzbeschluss lieferte der Abschlussbericht der Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“, den diese im März 2016 dem Bundesvorstand übergeben hat.

#### **Schlüsselfrage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft**

Die Parteitagsdelegierten debattierten am 13. November in Münster darüber, wie Menschen mit unterschiedlichen Bekenntnissen zukünftig in Deutschland friedlich miteinander leben können – eine Schlüsselfrage für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Denn die Zahl der Menschen ohne organisierte religiöse Bindung ist gestiegen. Zugleich sind, zuletzt vor allem durch die Flucht vor Krieg und Verfolgung, mit den Menschen auch Religionen eingewandert.

Rechtspopulisten und islamistische Fanatiker greifen gleichermaßen die offene Gesellschaft und ihre Vielfalt an. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, so der gemeinsame Tenor in der BDK-Debatte, stellen sich beiden entgegen und verteidigen die freiheitliche Gesellschaft.

## Glaubensfreiheit sichern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei, die Menschen vor Diskriminierung schützt. Jeder muss die Freiheit haben, seinen Glauben zu leben, keinen Glauben zu haben oder gemeinsam einen Glauben zu pflegen, lautet der Leitsatz des Antrags, den Bettina Jarasch für den grünen Bundesvorstand auf dem Parteitag einbrachte. Vorausgegangen war eine fast dreijährige Arbeit der grünen Religions- und Weltanschauungskommission.

**„Wir sind die Partei, in der Atheisten für Muslime streiten, Strenggläubige für Säkulare, Juden für Christen und Aleviten für Hindus“**, betont Bettina Jarasch (Bild rechts).

Glaubensgemeinschaften seien organisierter Unterschied und wir müssten diese Differenz aushalten, wenn wir es mit der Freiheit ernst meinten. Dabei betonte sie, dass die Trennung von Religion und Staat zentral sei. Gleichwohl seien Kooperationen des Staates mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften wichtig für unsere Zivilgesellschaft und Demokratie und müssten mit klaren Kriterien und Voraussetzungen weiter entwickelt werden.



## Keine Religion steht über dem Grundgesetz



Voraussetzung für eine Kooperation zwischen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften und dem Staat sei die Anerkennung des Grundgesetzes und damit der Grundrechte aller. Die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi (Bild links) forderte in ihrer BDK-Rede auf dieser Grundlage, dass Kriterien festgelegt werden müssten, wie muslimische Vereine und Verbände als

Religionsgemeinschaften in Deutschland anerkannt werden können, damit ihre Abhängigkeit von anderen Staaten überwunden werden könne. Für sie sei dabei klar: **„Keine Religion kann ein exklusives Recht auf Wahrheit und Glückseligkeit beanspruchen.“**

Gastredner Heiner Bielefeldt (Foto rechts), Inhaber des Lehrstuhls für Menschenrechte an der Universität Erlangen-Nürnberg, warb in seiner Rede dafür, dass sich in Deutschland eine Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen entfalten kann. Die Trennung von Staat und Religion schaffe hierfür den benötigten Raum. Kooperationen seien sinnvoll, so lange die Kriterien fair und transparent seien. Forderungen



Konservativer, eine Leitkultur im Grundgesetz festschreiben zu lassen, lehnte er entschieden ab: **„Wenn das Grundgesetz mit Leitkulturgrundsätzen verquirlt wird, machen wir aus der Verfassung eine Hausordnung, bei der klar ist, wer der Hausherr ist. Das ist nicht freiheitlich, das ist reaktionär.“**

### **GRÜNE wollen mehr Rechte für Beschäftigte der Kirchen**

Auf viel Kritik stieß bei den Rednerinnen und Rednern die aktuelle Ausgestaltung des kirchlichen Arbeitsrechts. Sie sahen dringenden Reformbedarf und kritisierten, dass es in die individuellen Grundrechte der Arbeitnehmer eingreife. So setzen kirchliche Träger wie Krankenhäuser und Pflegedienste unter anderem voraus, dass ihre Angestellten ihre private Lebensführung nach der kirchliche Lehre ausrichten. Im Falle einer Scheidung droht die Kündigung. Volker Beck unterstrich: **„Wie wir leben und lieben geht den Arbeitgeber nichts an.“** Auch müssten Arbeitnehmer kirchlicher Träger das Recht bekommen, zu streiken.

Darüber hinaus macht der grüne Parteitag in seinem [Beschluss „Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der offenen Gesellschaft“](#) zahlreiche weitere konkrete Vorschläge, die der gewachsenen Vielfalt von Religionen und Weltanschauungen in Deutschland gerecht werden sollen:

- **Islamische Gemeinschaften** können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen des Religionsverfassungsrechts erfüllen.
- Gewährleistet sein soll **Seelsorge** in öffentlichen Einrichtungen.
- Es muss grundsätzlich gewährleistet sein, **Bestattungen** nach den jeweiligen religiösen und weltanschaulichen Vorschriften vornehmen zu können.
- Grüne setzen sich dafür ein, dass in den **Feiertagsregelungen** der Bundesländer die Mitglieder einer anerkannten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft eine angemessene Anzahl arbeitsfreier Tage bekommen, damit sie ihre Feiertage begehen können.



- 
- Bei der **Besetzung der Rundfunk- und Fernsehräte** soll sich die heutige gesellschaftliche, religiöse und weltanschauliche Pluralität widerspiegeln.
  - Grüne wollen eine schärfere Differenzierung und Lockerung der sogenannten „**Tanzverbote**“.
  - **Kirchen sollen ihre Finanzen transparenter machen** indem sie ihr Vermögen, ihre Einnahmen und ihre Ausgaben offen legen.
  - Grüne wollen die **Kirchensteuer reformieren**, sodass beim Kirchensteuereinzug Gleichbehandlung und Datenschutz gewährleistet werden.
  - **Kirchen erhalten bis heute vom Staat Leistungen als Entschädigung für Enteignungen von vor über 200 Jahren.** Grüne setzen sich für eine **Ablösungs-Gesetzgebung** ein, die diese Praxis zwischen Kirchen und Bundesländern einvernehmlich ändert.

#### **Beschluss**

- [Religions- und Weltanschauungsfreiheit in der offenen Gesellschaft](#)

#### **Videos der Parteitagsreden**

- [grüner youtube-Kanal](#)

#### **Online:**

Alle Informationen und bisher veröffentlichten Papiere zur Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ gebündelt unter [bettina-jarasch.de/religionskommission](http://bettina-jarasch.de/religionskommission)

---

#### **Ein Wort zum Schluss**

Mit dem Parteitagsbeschluss hat die Arbeit der Kommission ihren Abschluss gefunden. Dementsprechend werden wir keine weiteren Infobriefe verschicken. Gern informieren wir Sie in Zukunft weiterhin, wenn Folgeprozesse, -debatten und -veranstaltungen rund um das Thema Religions- und Weltanschauungspolitik anstehen. Möchten Sie dies nicht, bitte eine kurze Mail an [buero.jarasch@gruene.de](mailto:buero.jarasch@gruene.de)

---

#### **Impressum**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bettina Jarasch, Mitglied im Bundesvorstand  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin  
Foto: © Rasmus Tanck/gruene.de

#### **Kontakt**

[buero.jarasch@gruene.de](mailto:buero.jarasch@gruene.de)  
Büroleiterin Isabelle Arend: 030-28 442 157